

Rathaus Dreieich: Magistrat beschließt Aufstellung eines Bebauungsplans zur Prüfung eines alternativen Standorts

Dreieich. Der Mietvertrag für das Dreieicher Rathaus in der Hauptstraße 45 läuft am 31. Juli 2028 nach 25 Jahren aus. Bereits heute beschäftigt sich die Verwaltung mit den unterschiedlichen Szenarien für den zukünftigen Standort. Denn eine Verlängerung des Mietvertrages oder der Kauf des Gebäudes kommen nur bei deutlich besseren Konditionen in Betracht, als im bisherigen Vertrag vereinbart wurden. Konstruktive Gespräche zwischen Vermieter und Stadt zu einem Erwerb des Rathauses oder einer Verlängerung des Mietvertrags finden bereits statt.

Daneben hatte die Stadtverordnetenversammlung vor einem Jahr beschlossen, eine Potenzialanalyse für einen alternativen Rathausstandort erarbeiten zu lassen. „Ich habe direkt nach meinem Amtsantritt mit dieser Analyse begonnen, das städtische Grundstück Darmstädter Straße 100 dafür identifiziert und eine Machbarkeitsstudie für diesen Standort erstellt, die die Stadt nichts gekostet hat. Sie liegt nun im ersten Schritt den Gremien als Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan zur Beratung vor. Dann werden wir sehen, ob die Idee weiterverfolgt werden soll“, erklärt der Erste Stadtrat Holger Dechert.

Die Studie sieht ein vollwertiges Rathaus mit einer klaren Gebäudestruktur vor, in der alle Funktionen ablesbar sind und alle Bereiche der Verwaltung in modernen Büros untergebracht werden können. Das beinhaltet auch flexible Raumkonzepte, um den Flächenbedarf an Veränderungen anpassen zu können, die sich aus der zunehmend digitaleren Arbeitswelt ergeben. Und das Arbeiten der Verwaltung in der Corona-Pandemie hatte Notwendigkeiten gezeigt, die mit herkömmlichen Raumformaten kollidierten oder gar nicht zu lösen waren. Verbleibt das Rathaus an seinem heutigen Standort, müssen diese Konzepte dort ebenfalls umgesetzt werden. Parallel wird weiterhin geprüft, ob sich ggfs. im Stadtgebiet weitere geeignete Objekte alternativ zur Hauptstraße 45 zur Miete anbieten.

„Wir schauen uns jede Option sorgfältig an und wägen wirtschaftliche Aspekte und Machbarkeit gegeneinander ab“, erläutert Bürgermeister Martin Burlon. „Ein Rathausstandort muss auch zukünftig sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch die Mitarbeitenden gut erreichbar sein, auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Mietkosten oder Investitionen sollen sich dabei zukunftsfähig gestalten, also langfristig auch bei angespannteren Haushaltslagen stemmbar sein.“ Daher würden bei der tiefer gehenden Betrachtung der verschiedenen Möglichkeiten auch Aspekte wie Energieeffizienz oder die perspektivisch wahrscheinlichen Flächenauslastungen berücksichtigt, um die Kosten-Nutzen-Relation eines Rathausstandortes zu optimieren.